

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/173

Bonn, den 24. August 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2 Den Fehdehandschuh aufgegriffen 71

DSG-Antwort auf die Kampfansage der Arbeitgeber

2a "Misachtet und brüskiert" 37

Bundesarbeitsminister Blank und die Gewerkschaften

3 Kalter Selbstmord 35

Der Kalte Krieg und Qualitätsarbeit
 in den Entwicklungsländern

4 Freihafen Biserta 40

Vom einem gelegentlichen Mitarbeiter

5 Reisen ohne Wunder 37

Aufschlußreiche Untersuchungen

Aus dem Zeitgeschehen:

6 "Wer schläft, kündigt nicht!" 30

 Chefredakteur Günter Markscheffel

(z.Zt. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

Den Fehdehandschuh aufgegriffen

DGB-Antwort auf die Kampfansage der Arbeitgeber

Der Brief des Präsidenten der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Paulssen, hat bekanntlich sowohl einen Teil der Spitzenverbände der Arbeitgeber unangenehm berührt, als auch in der Wirtschaftspresse teilweise die Frage aufgeworfen, ob diese Verschärfung der Spannungen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften notwendig war. Man meinte auch hier, daß dazu kein Anlaß vorgelegen hätte. Die Gewerkschaften, und in ihrem Namen der DGB, haben den hingeworfenen Fehdehandschuh aufgegriffen.

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende, Rosenberg, interpretierte die Aufforderung Paulssens an die Arbeitgeber, die gewerkschaftlichen Lohnforderungen "mit allen Mitteln" zu bekämpfen, dahin, die Arbeitgeber hätten nunmehr den Gedanken der Sozialpartnerschaft aufgegeben und den Gewerkschaften den Kampf angesagt; sie glaubten anscheinend nicht mehr an die Möglichkeit sachlicher Auseinandersetzungen; versuchten nunmehr mit Hilfe politischer Instanzen und Entscheidungen die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften einzueengen; hätten wohl auch das unabhängige Gutachtergremium" aufgegeben, nachdem keine Aussicht bestehe, es einseitig mit "Sachverständigen aus der Wirtschaft" zu besetzen und den Aufgabenbereich dieses Gremiums auf einseitige Analysen der Lohnbewegungen und Lohnkosten in der Erzeugung zu beschränken. Die Gewerkschaften hatten darauf hin gefordert, daß dann auch Gewerkschafter in das Gremium entsandt und der Aufgabenbereich auf die Untersuchung der Preise, Gewinne, Investitionen usw. ausgedehnt werden sollte.

Rosenberg stellte die Frage, ob etwa die Arbeitgeber die Zeit für einen Machtkampf und Generalangriff auf die Gewerkschaften und die Arbeitnehmerrechte für gekommen hielten.

Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände hat sofort auf diese DGB-Erklärungen geantwortet, so sei es ja nicht gemeint gewesen. Der Zweck des Briefes Paulssens an die Tarifträger sei eine Mahnung gewesen, die gestützt auf von Bundesregierung, Bundesbank und einigen Forschungsinstituten erhobenen Bedenken, ebenfalls zum Maßhalter in der Lohnpolitik aufgefordert hätte. Die Arbeitgeber würden den einseitigen Abbruch der bisher geführten Gespräche durch den DGB als einen Akt

betrachten, der mit verantwortungsbewußter Tarifautonomie unvereinbar sei.

Diese Entwicklung bedient sich einer glatten Umkehrung der Tatsachen. Rosenberg rief in seiner Pressekonferenz bereits in Erinnerung, daß die Gespräche mit den Arbeitgeberverbänden laufend geführt wurden, die Forderung nach Versachlichung vom DGB aufgegriffen, allerdings zu sätzlich gefordert sei, daß mehr als Lohnpolitik, nämlich auch Preise, Gewinne usw. Gegenstand solcher Gespräche sein müßten. Schon 1958 habe der DGB den Vorschlag zu einem Gutachtergremium unterstützt und in gemeinsamen Ausschüssen mit den Arbeitgebern z.B. Fragen der Eigentumsbildung beraten, um gemeingültige Daten zu erarbeiten. Es habe noch niemand die Regierung, das Parlament, die Parteien und die Arbeitgeberverbände daran gehindert, unabhängige Sachverständige vorzuschlagen. Sie taten es nicht, weil wohl keine Aussicht bestand, ein solches Gremium lediglich als Lohnbremsmaschine zu berufen.

Die öffentliche Aufkündigung der Sozialpartnerschaft durch Präsident Paulsen, sein Brief, der auch Vorschläge zur Einengung der gewerkschaftlichen Freiheit und Tarifautonomie, entsprechend dem Schlichtungszwanggesetzentwurf der FDP enthielt, konnte nur als Kampfansage gegen die Gewerkschaften gewertet werden und ist selbst in Arbeitgeberkreisen, die darüber "nicht glücklich" waren, so gewertet worden. Das schafft man mit einer einfachen Presseerklärung nicht wieder aus der Welt. Hier müßte schon Paulsen selber erklären, daß er in der Sache etwas anderes gekam und sich dabei im Mon vergriffen habe.

Unzweifelhaft hat diese anscheinend unbedachte Aktion Paulsens zu einer Verschärfung der sozialen Situation in der Bundesrepublik geführt, die sich in den Nachkriegsjahren, wie die Zahlenvergleiche der Streikbewegungen in der Bundesrepublik gegenüber anderen westlichen Industrieländern beweisen, im Zustand einer sozialen Idylle bewegte. DGE-Vorstandsmitglied Beernehn kündigte jedoch an, sollte der FDP-Entwurf über einen Schlichtungszwang Gesetz werden und damit der Grundsatz der Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie nach dem Grundgesetz verletzt, so werde der DGB Verfassungsklage erheben. Es ist jedoch sicher, daß die Einzelgewerkschaften als Tarifpartner sich nicht nur auf diesen juristischen Weg beschränken, sondern mit allen ihnen verfassungsmäßig zustehenden Rechten und Mitteln auf die Kampfansage der Arbeitgeberverbände antworten werden. Die soziale Idylle wäre dann vorbei - wenn Paulsen es nicht vorzieht, zu widerrufen.

"Mißachtet und brüskiert"

sp - Bundesarbeitsminister Blank hat es zu Wege gebracht, sich wieder einmal mit den freien Gewerkschaften anzulegen. Blank, der einst dem linken Flügel der CDU angehörte, und in jüngeren Jahren selbst aktiver Gewerkschafter war, scheint seine bessere Vergangenheit nur völlig vergessen zu haben. Das ginge noch hin und wäre des Erwährens nicht wert, wäre Blank nicht eine im öffentlichen Leben stehende Persönlichkeit. Wäre er ein guter Bundesarbeitsminister, müßte er Wert darauf legen, mit den freien Gewerkschaften als den Repräsentanten der Arbeitnehmer zumindest den Kontakt zu pflegen, der der Bedeutung des von ihm geführten Ministeriums entspricht. Daran fehlt es eben.

Niemand wird von Blank verlangen, sich mit den Auffassungen des DGB über bestimmte sozial- und wirtschaftspolitische Fragen zu identifizieren. Aber als Minister einer demokratischen Regierung sollte er es nicht versäumen - es ist sogar seine Pflicht - sich mit ihnen bekannt zu machen. Die freien Gewerkschaften sind immerhin ein bedeutungsvoller Faktor in unserem öffentlichen Leben. Blank, der einstige Gewerkschafter, scheint dies nicht wahrhaben zu wollen. Er glaubt, sie brüskieren und mißachten zu können.

Eine solche Brüskierung war die kurzfristige Einladung an den DGB und den Vorstand der Angestellten-Gewerkschaft (DAG) zu einem Gespräch über den von seinem Ministerium ausgearbeiteten Entwurf zur Krankenversicherungsreform. Die Gewerkschaften baten um eine Verschiebung des Termins und um die Zusendung notwendiger Besprechungsunterlagen. Bundesarbeitsminister Blank hat dieser Bitte nicht entsprochen. Er ließ das Schreiben der Gewerkschaften sogar unbeantwortet und führte das Gespräch mit den Vertretern der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände ohne Beteiligung der freien Gewerkschaften.

Das ist ein eigenartiger, dem Sozialklima nicht gerade bekömmlicher Stil. Der vom Bundesarbeitsministerium ausgearbeitete Entwurf zur Krankenversicherungsreform berührt die Interessen aller versicherten Arbeitnehmer. Er bringt unzumutbare Verschlechterungen und dreht das Rad fortschreitender Sozialpolitik um Jahrzehnte zurück. War dies der Grund, der Blank bewog, so zu taktieren, daß den Gewerkschaften die Teilnahme am Gespräch nicht möglich war? Fürchtete der empfindliche Bundesarbeitsminister Kritik, kann er sie nicht mehr vertragen? Solches kurzsichtige Verhalten lohnt sich nicht, es schafft Mißstimmung und Verbitterung.

Kalter Selbstmord

w.r. - Es ist üblich geworden, daß die Zeitungen beider Teile Deutschlands sich in den Augen der sogenannten Entwicklungsländer gegenseitig madig machen. Das gehört heute leider zum "guten Ton". Da werden von Firmen der Zone Einrichtungen für eine Zuckerfabrik nach Indonesien geliefert. Wie es bei der Einrichtung neuer Fabriken oft üblich ist, es gibt Kinderkrankheiten, die Fabrik funktioniert nicht sofort richtig. Es gibt Stauungen und die unvermeidlichen Reklamationen. Das Echo reicht dann von Indonesien bis nach Bonn und höhnische Kommentare berichten über die Schluderarbeit ostdeutscher Maschinenfabriken. Der Akzent ist deutlich herauszuhören: Kauft nichts da drüben, die Qualitätsarbeit garantiert nur die Bundesrepublik !

Umgekehrt wiederholt sich der Vorgang in der "DDR"-Presse in gleicher Weise. Da bauen deutsche Firmen ein Stahlwerk in Indien. Um dieses Stahlwerk, das sicher nicht so funktioniert, wie es die Pläne deutscher und indischer Werkleitungen vorgesehen hatten, entzündet sich nun eine boshafte Pressekampagne in der "DDR". Über ähnliche Pannen wird in Aegypten berichtet, wo ebenfalls ein Stahlwerk nicht den vorgeschriebenen Bedingungen entsprechen soll. Die Liste der bedauerlichen Beispiele könnte noch erweitert werden.

Solange diese Berichterstattung die deutsche Öffentlichkeit darauf aufmerksam macht, daß Aufbauprojekte in den Entwicklungsländern mit besonderer Sorgfalt zu behandeln sind, ist nichts gegen eine Veröffentlichung einzuwenden. Aber auch hier macht der Ton die Musik.

Es sind nicht nur deutliche Untertöne herauszuhören, die nun einmal der gegenseitige Konkurrenzkampf unvermeidlich macht, hier hat sich vielmehr aus politischen Gründen der unseelige Kalte Krieg einen Turmelplatz ausgesucht, wo er zum Schaden aller deutschen Ingenieure und Arbeiter sich austobt.

Es ist ein allzu bedauerlicher Akt von Abwertung, wenn die Arbeit deutscher Ingenieure und Arbeiter vor aller Welt gegenseitig madig gemacht wird. Selbst wenn die ostdeutsche Presse weiter mit schlechten Beispielen vorangehen sollte, wäre es gut, wenn die Presse der Bundesrepublik auf diesem Gebiet Zurückhaltung üben würde. Niemand kann Interesse an einem wirtschaftlichen Selbstmord haben.

Freihafen Biserta

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Die Beendigung des französisch-tunesischen Konfliktes um den tunesischen Hafen Biserta hat außer ihrer aussenpolitischen Bedeutung auch eine wirtschaftliche Note. Wenn die Benutzung des Hafens als französischer Flottenstützpunkt dazu führte, daß im Jahre 1961 der gescheiterte Versuch der Tunesier, sich des Stützpunktes zu bemächtigen, zu blutigen Kämpfen und einem über ein Jahr dauernden Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Tunis und Paris führte, so dürfte jetzt die von Frankreich zugestandene Räumung des Hafens bis Ende 1963 dazu führen, daß ein großes Hafenprojekt Tunesiens in Angriff genommen wird.

Die Hauptstadt Tunesiens, Tunis, ist nur durch einen engen Kanal an das Mittelmeer angeschlossen und liegt weit von der europäischen Mittelmeerküste entfernt und abseits der Hauptschiffahrtslinien des Mittelmeeres. Biserta dagegen, an der Nordküste des Landes, liegt direkt am Meer und war in früheren Zeiten der Punkt, von dem aus der Ost-Westverkehr im Mittelmeer weitgehend beherrscht wurde. Frankreich hatte sich 1955 beim Abschluß des Unabhängigkeitsvertrages mit Tunesien die Aufrechterhaltung einer militärischen Besetzung des Hafens von Biserta nicht zuletzt deswegen vorbehalten, weil Biserta für die französischen Mittelmeerhäfen der traditionelle und nachbarlichste nordafrikanische Hafen war. Tunesien jedoch versuchte von den ersten Jahren seiner Unabhängigkeit an, die französische Besetzung Bisertas nicht nur aus politischen Gründen aufzuheben, sondern auch aus wirtschaftlichen. Man wollte und will Biserta zu einem Freihafen ausbauen und damit Tunesien zum Inhaber eines - wie man hofft - zentralen Großhafens des Mittelmeeres machen. Die Freihafenpläne waren bis zum Jahre 1960 nahezu fertig ausgearbeitet worden. Nicht zuletzt, um sie in die Praxis umsetzen zu können, begab Tunesiens Präsident im gleichen Jahre mit immer energischeren Noten und diplomatischen Schritten von Paris die völlige Räumung Bisertas zu verlangen.

Der Ausbau Bisertas zu einem Mittelmeer-Freihafen ist auch in den Zehnjahresplan aufgenommen worden, der gegenwärtig die tunesische Wirtschaftspolitik bestimmt. Man denkt dabei nicht zuletzt an einen Ölhafen und an die Schaffung einer Erdölindustrie. Biserta erhält schon durch eine Ölleitung Rohöl aus der Sahara, und im Süden Tunesiens wird in nordamerikanisch-tunesischer Zusammenarbeit nach Erdöl gebohrt, das gleichfalls durch eine Rohrleitung nach Biserta gebracht werden soll. Italien scheint an dieser Seite des Ausbaus Bisertas sehr interessiert zu sein. Die ENI (Ente Nazionale Idrocarburi), das größte italienische Brennstoffunternehmen, baut in Biserta in Zusammenarbeit mit der tunesischen Regierung eine Erdölraffinerie mit einer Jahreskapazität von 1.200.000 Tonnen. Für den Ausbau des Hafens Biserta ist der Leiter des Zehnjahresplanes, der jetzige Wirtschaftsminister Ahmed Ben Salah, früher Generalsekretär des landesumfassenden Gewerkschaftsbundes, weiter an schwedische und englische Hafenbauunternehmungen herangetreten. Mit welchem Erfolg ist noch nicht bekannt.

Reisen ohne Wunder

H.M. Wenn alle in letzter Zeit kolportierten Nachrichten und Berichte stimmen, dann ist in der Bundesrepublik eine ungehemmte "Reisewut" ausgebrochen. Und es hat den Anschein, als sei des Wirtschaftswunders jüngstes Kind der grenzüberschreitende Tourismus. Die Deutschen, dies etwa wäre die nur leicht überspitzte Formulierung, haben sich zur vergnügungsgeladenen Invasion ihrer Nachbarländer spontan vereinigt. Haben sie dies wirklich?

Es gibt eine Reihe glaubwürdiger Untersuchungen, die das Gegenteil beweisen. Zunächst sollte man eine von der Österreichischen Kammer der gewerblichen Wirtschaft veröffentlichte Statistik einmal betrachten, die der vorgeblichen Verschwendungsfreudigkeit bundesdeutscher Urlauber die zahlenmäßigen Grundlagen entzieht. Die Deutschen, so wird von der Kammer festgestellt, gaben von allen internationalen Besuchern Österreichs das wenigste Geld aus. Während die Amerikaner 1961 pro Tag und Kopf rund 100 DM im Lande ließen, waren es bei den Gästen aus der Bundesrepublik knapp 30 DM.

Und ein nicht weniger das deutsche Reisewunder lädierendes Untersuchungsergebnis förderte das Wirtschaftswissenschaftliche Institut für Fremdenverkehr an der Universität München zutage. Zwar fahren, so heißt es im Bericht dieses Instituts, von Jahr zu Jahr mehr westdeutsche Touristen in Erholungsgebiete des Auslands, aber Testergebnisse, die einen Urlaubsanteil der Gesamtbevölkerung in Höhe von 45 v.H. ermittelt haben wollen, seien als "abwegig" zu bezeichnen. Der größte Teil der erwachsenen Bevölkerung der Bundesrepublik ist nämlich nach den Feststellungen des genannten Instituts auch 1961 zu Hause geblieben.

Von drei Personen hat nur eine im letzten Jahr eine Urlaubsreise angetreten. Gegenüber 1960 erhöhte sich der "Urlaubsanteil der erwachsenen Bevölkerung" lediglich von 28 auf 31 v.H. - Noch längst nicht alle können also verreisen. Und es ist gewiss bezeichnend, daß nach diesen Erhebungen 15 v. H. der bundesdeutschen Urlauber Gesellschaftsreisen in Anspruch nahmen und weitere 11 v.H. sich zum Camping bekannten. Der Tourist aus der Bundesrepublik, sofern er die häuslichen "vier Wände" verläßt, achtet also sehr wohl auf die Ökonomie des Urlaubs. Es dürfte keineswegs zutreffen, daß er in Scharen und finanzieller Unbekümmertheit die in- und ausländischen Erholungsorte überschwehmt. Das deutsche Reisewunder hat auch 1962 nicht stattgefunden.

"Wer schläft, kündigt nicht!"

L.Sch. - In den Chefzimmern der bundeadeutschen Funkhäuser von Baden-Baden bis Hamburg herrscht seit Wochen eine Stimmung wie einstens in Zahlmeistereien und Lazaretten der "großdeutschen Wehrmacht", denen eine Visite des "Unternehmens Heldenklau" bevorstand. Die in langen beschaulichen Jahren zur schönen Selbstverständlichkeit gewordene Ruhe der Intendanten und Programmdirektoren ist hin, ihre Gedanken sind schwer und sorgenvoll. Daran sind nur die Ministerpräsidenten mit ihrer "Länderanstalt Zweites Deutsches Fernsehen" schuld! Diese unter ziemlichen Wehen geborene Institution schnappt nicht nur einen kräftigen Happen des bisherigen Gebührenaufkommens weg, sondern lockt unaufhörlich Reporter und Kameraleute in eine - für ihr Gehaltskonto - bessere TV-Zukunft. Das "goldene Mainz" macht als Fernsehherberge seinem Namen alle Ehre. Des zum Intendanten gekürten Philosophie-Professor Dr. Holzamer ewige "Einkäufer" lassen die Konkurrenz kräftig zur Ader.

Eine - zumindest gut erfundene - Episode, die zur Zeit in den Funkhäusern die Runde macht, kennzeichnet die Situation: Intendant und Programmdirektor einer bereits schwer "abwerbungsgeschädigten" Sendeanstalt besichtigen ein neues Studio. Sie stoßen auf einen schlafenden Mitarbeiter. Der Intendant will in gewohnter Manier aufbrausen. Mit allen Anzeichen des Entsetzes hält ihn sein Programmdirektor zurück, die hochbezahlte Siesta zu stören. Beschwörend flüstert er: "Wer schläft, kündigt nicht!"

Ob Pläne bestehen, die im Bereich der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Rundfunkanstalten noch vorhandenen Fernsehschaffenden nach diesem Motto gegen alle Mainzer Versuchungen immun zu machen, indem sie auf Zeit in einen Tiefschlaf versetzt werden, war bisher noch nicht zu erfahren. Vielleicht entschließen sich die leidgesprühten Intendanten doch zu einem sicherlich ebenso wirksamen Gegenrezept: die gleichen Gehälter zu zahlen, die Mainz zu bieten hat!